

Ungültig.

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV

Severing, Karl 25-147-1

Dr. Freiherr von Sieglar

Bielefeld, den 3. Januar 1952.

203/52

Niederschrift der Unterredung des Herrn Reichs- und Staatsministers a. D. Karl Severing, geb. am 1. Juni 1875, wohnhaft Bielefeld, Lampenringstr. 6, Tel. 3150, durchgeführt am 23. und 27. Dezember 1951 in Bielefeld mit Dr. Frhr. von Sieglar, im Auftrage des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte, München.

Zur Beantwortung der Frage „Landesschutz“ habe ich alles Notwendige in meinen gedruckten Lebenserinnerungen gesagt, und zwar in den Abschnitten: a) Staatlicher Schutz und Faustrecht Seite 291.

b) Grenzschutz Seite 303.

c) Recht und Selbstschutz Seite 364.

d) Deutschvölkische Freiheitspartei Seite 383.

Zu der öfters erörterten Frage meiner im Dritten Reich von mir bezogenen Pension bemerke ich, dass 1938 das gesetzliche Übergangsgeld für ausgeschiedene preussische Minister auslief. Bei mir ergab sich, zum Unterschied von meinen Kollegen, dass ich einerseits eine viel längere Dienstzeit als Minister hatte, andererseits diese Dienstzeit durch meine Stellung als Reichsminister für Preussen unterbrochen war. Einen derartigen Sonderfall sah die von mir selbst in meiner Amtszeit mitbearbeitete gesetzliche Regelung für die Bezüge ausgeschiedener preussischer Minister nicht vor. Der damalige preussische Finanzmin., Herr Popitz, besprach die Angelegenheit mit mir und fand eine Regelung, durch die ich zunächst 500 RM von Preussen und später auf seine Anregung hin, weitere 250 RM von Reich erhielt. Die normale Ministerpension hätte 1200 RM monatlich betragen. Mir ist bekannt, dass man sich erzählt, dass Hitler die Frage der Pensionen der früheren preussischen etc. Minister einmal damit berührt habe, dass er sagte, man müsse diese Leute ordentlich bezahlen, weil sie dem NS die Arbeit abgenommen hätten, die Monarchie zu beseitigen. Mir ist jedenfalls nur bekannt, dass der mir persönlich gut bekannte Herr Popitz die Frage für mich aufgriff und regelte.

Als der Ruhraufstand 1920 ausbrach, wurde ich auf Vorschlag der Oberpräsidenten der Provinzen Westfalen und Rheinland und der meisten Oberbürgermeister des Ruhrgebietes, darunter die späteren Reichskanzler Luther und Cuno, als Reichs- und Staatskommissar für das Ruhrgebiet zur Bekämpfung des Bergarbeitersaufstandes berufen. Es wurden keine besonderen Gesetze geschaffen, die mir irgendwelche Ausnahmevollmachten gegeben hätten. Ich arbeitete bei der Bekämpfung des Aufstandes mit dem militärischen Befehlshaber, General Freiherr von Watter, damals gut zusammen und hatte ein erträgliches Verhältnis zu ihm. Es war mir klar, dass sich Watter und das ganze Militär nur schwer in die neuen Verhältnisse hineinfanden und dass sie jeden Tag die Rückkehr der Monarchie gewünscht hätten. Aussagen Watters, wie: „Na, Ihre Regierung ist keinen Schuss Pulver wert“ führte ich auf die rauhe Sprache des Soldaten zurück. Als ich seine zweideutige Haltung beim Kapp-Putsch erkannte, kamen mir nachträglich Zweifel in seine Loyalität. Er war 1920 wohl einer der loyalsten Generale, fühlte sich aber durch seine spätere Absetzung verdrängt und gekränkt. Er sammelte Geld für eine schwarze Reichswehr und illegale Verbände, was er wohl nicht getan hätte, wenn er nicht den Abschied erhalten hätte. Manusk

Seeckt war nur sehr schwer zum Eingreifen anlässlich des Kapp-Putsches zu bewegen, da er sich nicht bzw. die Reichswehr nicht stark genug fühlte. Zweimal erklärte Seeckt vor Zeugen mir, dass die Reichswehr nicht auf Reichswehr schieße und zwar das Erstemal, als in der Nacht vom 12./13. März Noske ein Eingreifen gegen Erhardt forderte und in der Nacht vom 8./9. November 1923 anlässlich des Hitler-Putsches. Bei meiner direkten Frage wippte er in seiner typischen Art auf den Zehenspitzen. Seeckt war als Person mindestens in der ersten Zeit absolut ehrlich, nämlich solange, als Polizei und Meer noch unzureichend

00001

in ihrer Stärke waren. Es gab nur eine Ausnahme, bei der Reichswehr gegen Reichswehr feuerte, und zwar beim Buchrucker-Putsch. Die skeptische Einschätzung der Reichswehr in ihrer Loyalität durch die SPD im allgemeinen und durch mich beruhte nicht auf Voreingenommenheit, sondern auf Erfahrung. Hierzu in erster Linie der Kapp-Putsch.

Die Sammlungen und Verwendung von Geldern der Reichswehr im Zusammenhang mit vaterländischen Organisationen zielte zwar äußerlich nicht auf illegale Zwecke, musste aber, zumindest auf der Gegenseite, den Eindruck hervorrufen, dass die Reichswehr den illegalen Zielen dieser Verbände nicht abgeneigt war.

Ich habe im Jahre 1923 schlaflose Nächte darüber verbracht, ob man die Reichswehr in Sachsen und Thüringen einsetzen dürfe. Die Reichswehr hatte den Vorteil gegenüber der Polizei, dass sie nicht an ein Land gebunden war. Ich erwog Abth., die loyalgebliebenen Arbeiter gegen die Kommunisten einzusetzen. Die Situation 1923 war etwa ebenso verweilt, wie 1920. Beide wurden gemeistert. Im Ruhrgebiet waren die Rotarmisten, die Spartakisten schwer bewaffnet, es bestand ständig die Gefahr, dass sie mit ihren reichlichen Dynamitvorräten die Gruben sprengen und damit unwiderbringlichen Schaden anrichten könnten. Die Reichswehr zählte etwas über 100 000 Mann, das noch die Hoffnung auf ein 200 000-Mann-Heer bestand. Andererseits wurde erst durch Spaa die Entwaffnung gesetzlich durchgeführt, also ab Juni 1920. Polizei gab es damals erst in losen Ansätzen. Ich musste daher auch die Freikorps wie Rossbach, Auleck, Epp, Löwenfeld herbeirufen. Das war immer noch das geringere Übel, als der Verlust des Ruhrgebietes.

Als ich 1921 vorübergehend in Preussen ausgeschieden war, riet ich meinem Nachfolger Dominikus, in Oberschlesien die preussische Schutzpolizei und nicht die Freikorps einzusetzen. Ich bin überzeugt, dass sich diese tadellos bewährt hätte und hätte auch einen Einspruch des Entente hingewonnen, wenn er überhaupt erfolgt wäre. Die Entente wusste genau so, dass die Freikorps zu unrecht in Oberschlesien eingriffen, wenn man es formal betrachtete.

In meinen Lebenserinnerungen veröffentlichte ich das Memorandum Seeckt vom 22. September über ein Dosschlagen im Osten im Faksimile. In den Heften der Zeitschrift „Der Monat“ erschien vor 2 Jahren hierzu ein Aufsatz vom Reichstagssekretär. In den Jahren 1925 waren sich die Spitzen der demokratischen Parteien dabei darüber einig, dass man keine außenpolitischen Erfolge und auf gar keinen Fall eine Revanche anstreben könne, sondern, dass man nur mit der sog. Erfüllungspolitik die Westbesetzung langsam wieder loswerden könne. Bei der Reichswehr gab es Richtungen, die versuchen wollten, die Westbesetzung mit Gewalt herauszubringen. Ich glaube, dass Beweise dafür vorhanden sind, dass die Antwort, die Reichskanzler Marx 1926 an Scheidemann in Frage der Gelder für die schwarze Reichswehr gab, zwar guten Glaubens gegeben wurde, aber falsch war. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf die Differenzen betreffend die Industriesubventionen für vaterländische Verbände, die 1925/26 zwischen von der Goltz und der Reichswehr ausbrachen. In dieser Angelegenheit und im Zusammenhang mit den Freikorps liegt aber zweifellos auch eine moralische Schuld auf Seiten der Reichsregierung.

Die preussische Polizei war bis 1930 absolut loyal gegenüber der Republik. Von da ab begann ein kleiner Teil, sich neu zu orientieren.

Ich betrachte den Sturz der Regierung Müller im Jahre 1930 als die entscheidende Wende in der Innenpolitik. Die SPD war soeben noch dazu benutzt worden, auch den Young-Plan anzunehmen und damit die Erfüllungspolitik fortzusetzen. Auch Seeckt und Schleicher waren sich völlig darüber klar, dass der Young-Plan angenommen werden musste, auch wenn das noch so unpopulär war. Nun hatte der Mohr die SPD seine Schuldigkeit getan und konnte gehen. Ausserer Anlass war die an sich unbedeutende Frage, ob man die Arbeitslosen-Versicherungsbeiträge etwas erhöhen sollte, wie die SPD es vorschlug, oder die Leistungen etwas herabsetzen, wie die DVP es wollte. Darüber

stürzte das Kabinett Müller. Dieses Kabinett hätte bestimmt den Reichstag nicht vorzeitig, das ist schon 1930, aufgelöst. Damals erhielt die NSDAP erstmals den grossen Auftrieb mit 107 Abgeordneten. Schon 1932 zeigten sich die Anzeichen der Besserung in der internationalen Konjunktur. Wäre das Kabinett Müller, die grosse Koalition noch an der Macht gewesen, hätte es und nicht später Hitler von dieser internationalen Konjunktur profitiert.

Dieser verhängnisvolle Sturz des Kabinetts Müller, dem die Kette der Artikel-48-Regierungen von Brüning bis Hitler folgte, und dessen Ende daher auch das Ende der parlamentarischen Regierung in Deutschland bedeutete, dieser Sturz war von Schleicher arrangiert. In der für das damalige Deutschland einmaligen Rekordzeit von 2 Tagen stand die neue Regierung Brüning. Brüning merkte gar nicht, wem er seine Stellung verdankte. Es galt der Spruch, "Den Teufel spürt das Völkchen nie, und wenn er sie beim Kragen hätte". Ich war durch meine Polizei über die Dinge informiert und einer der Wenigen, der die Vorgänge durchschaute. Ich hatte bis 1930 geglaubt, dass Schleicher zwar kein Freund der Demokratie aber ein noch schrofferer Gegner des NS sei. Jedoch trat er ab mindestens ab September 1930 mit dem NS in Verbindung, wie sich aus seinem Brief an Röhm ergibt, den ich in meinem 2. Band "Erinnerungen" veröffentlichte. Schleicher verhinderte im Früherbst 1931 einen Versuch Brünings, seine Regierungsbasis nach links zu erweitern. Braun sollte Vizekanzler und ich (in Personal-Union) Reichs- und preussischer Innenminister werden. Statt dessen veranlasste Schleicher, dass Brüning das Gegenteil tat und ~~den~~ Demokraten wie Wirth ausschiffte. Schleicher war natürlich klug genug, um zu erkennen, dass ich als preussischer Innenminister eine Schlüsselposition inne hatte und liess mich daher gelegentlich. Diese Gesten, die fleissige Journalisten und Schriftsteller vermerkten, konnten mich jedoch nicht mehr über seine Einstellung zu mir hinwegtäuschen.

Die Koalition, die die Regierung Brüning dadurch am Leben hielt, dass die SPD mit den andern demokratischen Parteien gegen alle Anträge stimmte, die Notverordnungen aufzuheben, war durch den Druck des NS entstanden. Durch Verhandlungen Schleichers über Röhm, Göring und Schacht kam der Plan auf, anstelle Brünings einen weiter rechts stehenden Mann ans Ruder zu bringen. Gröner hob das Verbot auf, dass Nationalsozialisten den Eintritt in die Reichswehr verbot. Auf diese Weise wurde die Reichswehr innerlich paralytisch. Als Schleicher mit mir über eine Verordnung gegen ~~die~~ "Ersetzung" der Reichswehr verhandelte, sagte ich zu ihm, dass er am meisten eine solche Strafe verdient habe.

Die Behauptung, dass die Reichswehr nicht stark genug gewesen sei, um einen Kurs gegen den NS zu stützen, ist falsch. Die Aufgabe des Planspiels der Reichswehr, das ergeben hätte, dass die Reichswehr nicht gleichzeitig gegen Kommunismus und NS kämpfen könne, ging an der Wirklichkeit vorbei. Der berühmte gemeinsame Verkehrstreik in Berlin war ein nur örtlich möglicher, politische Bluff. Die Lage von 1932 war bestimmt nicht schwerer, als sie erfolgreich in den Jahren 1920 und 1923 gemeistert wurde. Reichswehr und Schutzpolizei wären 1932 spielend in wenigen Tagen mit dem ganzen Spuk fertig geworden. Dies, obwohl die Schupo durch die Ereignisse in Preussen am 20. Juli 1932 erschüttert war. Eine demokratische Regierung hätte sich auch damals durchgesetzt. Dagegen versprach der Versuch Schleichers, mit den Gewerkschaften und der Reichswehr sozusagen gegen die Parteien zu regieren, keinen Erfolg. Selbst, wenn Leipart für seine Person zugesagt hätte, hätte er kein Echo, keine Gefolgschaft bei der Arbeiterschaft gefunden. ~~Kinnäcker~~ Ich habe Schleicher in meinem Buch im Kapitel über den 30. Juni 1934 den guten Glauben zugebilligt. Wenn aber das Motiv seines Handelns gewesen ist, Deutschland die Ruhe und Ordnung zu erhalten, so hat er das genaue Gegenteil erreicht und es an den Rand des Bürgerkrieges gebracht. Schleicher hat unbezweifelt den NS nicht zur Macht bringen

wollen, war aber leider zu dumm, um die Wirkung seiner Massnahmen zu übersehen.  
 Beim Sturz der preuss. Regierung am 20. Juli 1932 war Papen der Exekutor und Schleicher der Initiator. Mit dieser Tat hatte er sich endgültig um jedes Vertrauen und jede Anhängerschaft bei den Arbeitern gebracht. Diese Tat war die Hauptursache, die seine Versuche um die Jahreswende 1932/33 für die Demokraten als aussichtslos erscheinen liessen, solange seine Person dabei die Hauptrolle spielte. Ein Widerstand gegen den 20. Juli war mit Gewalt nicht möglich, weil die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft durch die grosse Arbeitslosigkeit zu stark geschwächt waren. Im übrigen habe ich zu dieser Frage alles Wichtige bereits in meinen "Erinnerungen" gesagt. Ein halbes Jahr später, als Hitler an die Macht kam, waren diese noch schwächer geworden, da die Arbeitslosigkeit noch gewachsen war. Sie hätten gegebenenfalls auch noch mit der Gegnerschaft der Reichswehr rechnen müssen.

An das Deutsche Institut  
 für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit

~~4-München~~  
 Reitmorstr. 29

Hiermit anerkenne ich die Richtigkeit obiger Niederschrift meiner Unterredung mit Dr. Frhr. von Siegler und erteile mein Einverständnis, dass das Institut im Rahmen seiner wissenschaftlichen Publikationen von meinen Ausserungen ggf. unter Namensnennung Gebrauch macht bzw. sie veröffentlicht. Ich stelle hierfür keine finanziellen Ansprüche.

Bielefeld, den.....

Schr. v. 15.1.1952

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

CARL SEVERING

BIELEFELD, DEN  
LAMPINGSTRASSE 4

25-147-6  
15.1.1952

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV

1052/53

Sehr verehrter Herr Dr. von Sieglar!

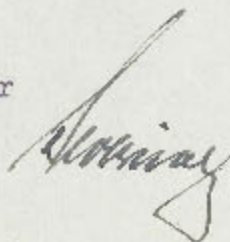
In der Anlage überreiche ich Ihnen

1) eine vorläufige Liste derjenigen früheren Beamten des Reiches und Preussens, zu deren Aufgabenkreis die Beobachtung der extremen politischen Parteien und der sogenannten Vaterländischen Organisationen und der Schwarzen Reichswehr gehörte. Ich war lange nicht in der Lage, Ihnen in allen Fällen die genauen Adressen anzugeben, nehme aber an, dass Ihrem Institut Hilfsmittel zur Verfügung stehen werden, um die Anschriften zu ermitteln.

2) Auszüge, die die Hergabe von Geldern an Rechtsverbände und die sogenannte Schwarze Reichswehr betreffen. Im Fischer-Verlag, Berlin, ist im Jahre 1931 von Richard Lewinsohn ein Buch erschienen unter dem Titel "Das Geld in der Politik". Ich habe es aufmerksam studiert, und soweit ich die Möglichkeit einer Kontrolle hatte, kann ich nur sagen, dass die Angaben auf sorgfältigen Ermittlungen und Prüfungen beruhen. Da ich nicht weiss, ob das Buch noch käuflich zu haben ist oder in den Ihnen zugänglichen Bibliotheken geführt wird, habe ich die beiliegenden Auszüge angefertigt.

Indem ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben eine kleine Hilfe geleistet zu haben, bin ich mit verbindlichen Empfehlungen

Ihr



2 Anlagen

00005

*früher Beamte des Reichs-Präsidenten zu deren Aufgabenkreis der Reichs-  
Sicherheitsdienst der Parteien gehört. Parteien sind sog. Nat. Organisationen  
in der Schwere Reichweite gelöst.*

25-11-49

Ministerialdirektor a.D. Dr. Hans Menzel,  
z.Zt. Präsident des Landesamtes, München, Schackstrasse

Ministerialdirektor Dr. Wolfgang Schmidt  
Bonn, Bundeshaus, Schliessfach 133

Ministerialrat Tejessy,  
Düsseldorf, Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen

Polizeipräsident a.D. Schöny  
Kassel

Polizeipräsident Dr. Stumm  
Berlin-West

Dr. Hans Hirschfeld,  
Berlin-West, Presseamt

Minister Dr. Spiecker,  
Bonn, Bundesregierung

Regierungsdirektor a.D. Wündisch  
Berlin-Ost

Dr. Friedensburg, früher stellvertr. Polizeipräsident,  
jetzt Bürgermeister in Berlin-West

*Seyring*

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

DR!

München 22  
Eitmorstr. 29

München, den 24.1.1952  
Sie/b5

# Entwurf

Herrn Minister a.D.  
Carl Severing

Bielefeld  
Lampingstr. 6

Hochverehrter Herr Minister!

Mit bestem Dank bestätige ich den Eingang Ihres Schreibens vom 15. Januar und bitte, die Verzögerung dieses Briefes damit zu entschuldigen, daß ich erst von meiner Interviewreise nach München zurückgekommen bin. Selbstverständlich können wir hier die Adressen der von Ihnen lebenswürdigerweise genannten Herren im Detail feststellen und ausnützen. Sie wissen ja, welcher großen Wert wir darauf legen, auch von Behörden und ziviler Seite Stellungnahmen zu der Frage der Reichswehr und NS vor 1933 in all ihren komplizierten Verästelungen zu erhalten.

Ein besonderer Leckerbissen ist zweifellos das Buch von Lewinschn. Ein netter Zufall will, daß ich selbst ein Jahr in der Bank von Konsul Marx war und weitere sieben Jahre mit dieser Bank geschäftlich viel zu tun hatte.

Die Niederschrift unserer Unterhaltungen geht Ihnen in den nächsten Tagen zu. Ich hoffe, daß ich nicht allzuviel Fehler begangen habe.

Indem ich Ihnen, sehr verehrter Herr Minister, nochmals, auch namens des Instituts, meinen allerbesten Dank für Ihre Lebenswürdigkeit ausspreche, verbleibe ich mit den besten Wünschen für Ihre Gesundheit, die ja wirklich so bleiben darf, wie sie ist und mit verbindlichsten Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

(Dr. v. Siegler)

00007

## Entwurf

1.2.1952

Herrn Staatsminister a.D.  
Karl Severing

125/52 Sie/b8

Bielefeld  
Lampingstr. 6

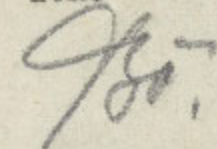
4/2/52 47

Sehr geehrter Herr Staatsminister!

Anliegend erlaubt sich das Institut Ihnen zwei Niederschriften des mit Dr. Frhr. v. Siegler gehaltenen Unterredung mit der Bitte zu übersenden, das eine Exemplar mit etwaigen Korrekturen und Ihrer Unterschrift versehen zurücksenden zu wollen.

Hochachtungsvollst!

I.A.



(Böhm)

00008

CARL SEVERING

BIBLIFELD, den 19.2.1952  
Lampingstraße 6

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV  
1052/53

Sehr geehrter Herr Böhm!

Seit Anfang Februar liegt Herr Severing mit Gallenbeschwerden zu Bett und hat darum noch keine Gelegenheit gehabt, die Niederschrift der Unterredung mit Ihrem Herrn Dr. v. Siegler durchzusehen. Nach seiner Genesung wird Herr Severing sich mit Ihnen wieder in Verbindung setzen.

Hochachtungsvoll!

*Sprungmann*  
(Sekretärin)

25-147-11

Korr. Severing/Dr. Bracher

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Herrn  
Reichsminister a.D.  
Carl Severing

am 29. September 1951  
Dr. Br./Kn.

Bielefeld  
Lampingstr.6

Sehr verehrter Herr Minister,

Sie waren so freundlich, mir in einem Gespräch am 11. September d.Js. anzubieten, bestimmte Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Arbeit unseres Instituts über den Ausgang der Weimarer Republik ergeben, brieflich zu beantworten und dafür auch gewisse Unterlagen aus Ihrem Besitz zur Einsicht zur Verfügung zu stellen.

Darf ich mir heute erlauben, im folgenden einige Punkte anzugeben, um deren Aufklärung wir uns besonders bemühen, und Sie bitten, uns durch Auskünfte sowie durch Hinweise auf Personen, die diese Auskünfte ergänzen könnten, behilflich zu sein? Besonders dankbar wären wir, wenn es Ihnen auch möglich wäre - selbstverständlich auf unsere Kosten - diesbezügliches Material aus Ihrem Besitz uns vorübergehend zu überlassen.

Es wären zunächst folgende Fragen, wobei der Schwerpunkt immer auf dem Zeitraum vom Sommer 1931 bis 30. Januar 1933 liegt:

1. Wieweit sind Archivmaterialien der SPD noch greifbar und was dürfte darin zu finden sein? Sind die Protokolle der Fraktionen im Reich und Ländern und der entsprechenden Vorstände der Parteiorganisation noch in irgendwelcher Form vorhanden?
2. Wäre es Ihnen möglich, die Gruppen innerhalb des Vorstandes zu skizzieren sowie ihre Stärkeverhältnisse und ihre Führer zu nennen? Wie war das praktische Funktionieren der Partei und wo lag ihre eigentliche politische Leitung (bei den Fraktionen, den Fraktionsvorständen, den Landvorständen oder dem Reichsvorstand, gab es einen engeren Vorstand, Zenträusschuss oder politischen Ausschuss?)
3. Von welcher Seite der SPD sind seit der zweiten Hälfte 1931 noch Versuche zu einer parlamentarischen Mehrheitsregierung gemacht worden und in welcher Gruppierung waren sie gedacht?
4. Wissen Sie etwas von der "Sozialistischen Einheitsfront", die in der "Schwarzen Front" vom 17.6. und dann besonders vom 3.7.1932 propagiert wurde (genannt sind Gregor Strasser, Reventlow, Scheringer, Höltermann und Sie)? Hatte das irgendwelche konkreten Hintergründe?

./.

5. Wir beziehen uns auf Ihre Ausführungen in Ihrem Buch, in der Gegenwart sowie in Nürnberg zum 20. Juli 1932. Sind dazu noch irgendwelche zusätzlichen (besonders statistische) Unterlagen zur Klärung jener Vorgänge und ihrer Konsequenzen greifbar? Besonders interessiert uns dabei die Situation und Stimmung der Gewerkschaften und ihre etwaige Korrumptierung durch nationalsozialistische Elemente; ferner Angaben zum Problem der Zuverlässigkeit der Polizei und zur evtl. Rolle des Stahlhelms und anderer halbparteilicher Verbände, dann Unterlagen zur Frage, ob im Falle der Gewalt die Reichswehr auf Papens Seite gestanden hätte. Dies betrifft die Frage nach Hammersteins Verhalten und nach der Möglichkeit einer selbständigen Aktion der Heeresleitung gegen das Reichswehrministerium. Wie war Ihre Verbindung mit Hammerstein und wie beurteilen Sie dessen Rolle am 20.7. und besonders bei dem Putschplan um den 30. Januar 1933? Es interessiert uns das Verhältnis von Leipart und Braun (Gewerkschaften und preussische Regierung), das nach einer Aussage von Grimm kühl war. Es geht uns im wesentlichen um eine möglichst genaue Stützung Ihrer Argumente bezüglich der Wirksamkeit eines Generalstreiks sowie um die Prüfung an anderer Stelle genannter Möglichkeiten, auch nicht verfassungsmässiger, um die Einsetzung des Reichskommissars usw. zu verhindern. Wissen Sie noch näheres zu der wahrscheinlichen Haltung der bürgerlichen Mittelparteien - insbesondere des Zentrums - hinsichtlich entsprechender Massnahmen?

Dazu noch eine weitere Frage: welche Machtmöglichkeiten hatten nach Ihrem Wissen und nach Ihren Unterlagen die Zwischenausschüsse zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, in die preussischen Vorgänge einzugreifen, d. h. die Anträge der SPD in diesem Ausschuss, - die Preussen-Notverordnung - für ungültig zu erklären, positiv zu behandeln? Was war das Schicksal der SPD-Anträge im Plenum der beiden folgenden Wahlperioden und was waren die Hintergründe dafür, dass diese Anträge nie zur Abstimmung kamen? Auch hier: wie war die Haltung der Mittelparteien und warum haben sie die Geschäftsordnungsanträge der SPD auf Behandlung des Aufhebungsantrags nicht unterstützt?

6. Welche Möglichkeiten bestanden im Ältestenrat vor Weihnachten 1932, um die Jahreswende und im Laufe des Januar, eine Plenarsitzung einzuberufen und welche Haltung nahmen die Mittelparteien zu den Versuchen der SPD ein, im Ältestenrat die Anberaumung einer Plenarsitzung zu beschliessen?
7. Was ist zu sagen zur Situation und politischen Bedeutung der Bürokratie, insbesondere der Beamtenschaft, und wieweit ist ihr Umschwenken, ihre Unzuverlässigkeit und politische Resignation oder auch ihr Widerstandsgeist soziologisch (im ganzen) sowie für spezielle Einzelfälle zu beurteilen? Welches politische Gewicht hatten die Kämpfe innerhalb der Beamtenschaft und ihrer verschiedenen Verbände? Was ist zu sagen zur Bedeutung und Richtung der Beamtenpolitik im Jahre 1932, oder war ihre Haltung im wesentlichen passiv und politisch nicht mehr relevant? Was kann insbesondere zur Frage der Politisierung bzw. der Unabhängigkeit der Justiz gesagt werden?

Sie hatten bei unserem Gespräch angedeutet, dass Sie uns Unterlagen über die Vernehmung Brachts (August - September 1932) von Beamten des Preussischen Innenministeriums zur Verfügung stellen könnten und wir wären Ihnen gerade für eine Hilfe in diesem Punkt besonders dankbar, weil er uns einerseits sehr wichtig erscheint und andererseits noch keinerlei wissenschaftliche Bearbeitung gefunden hat.

Zur Frage: Stellung, Rolle und Tendenz der Beamtenschaft ist uns noch wichtig ihre Beeinflussung seitens der Papenregierung (besonders gegen die preussische Regierung): Details?

- 8. Haben Sie vielleicht noch irgendwelche Nachrichten verfügbar, die die Beziehung zwischen der SPD und der Reichswehr 1932 betreffen?
- 9. Können Sie noch etwas sagen über die Beziehungen zwischen der SPD und der KPD im fraglichen Zeitraum? (Querverbindungen?) Was ist zu dem Plan einer antifaschistischen Aktionseinheit sowie anderer überparteilicher Organisationen zu sagen? Wer war dafür, wer dagegen?
- 10. Was kann zur Rolle Heilmanns, der nach Buchwitz u. a. die entscheidende Figur im Preussischen Landtag gewesen sei, gesagt werden?
- 11. Haben Sie noch irgendwelche Unterlagen zu den Koalitionsbesprechungen zwischen Zentrum und NSDAP in Preussen und im Reich während des Jahres 1932? Was ist Ihnen noch bekannt über Leiparts Verhandlungen und deren Ausgang Ende 1932?
- 12. Rolle der Wirtschaftspolitiker und besonders Art und Ausmass der Parteifinanzierungen (besonders NSDAP) im fraglichen Zeitraum?
- 13. Unterlagen zum Osthilfeskandal? Was ist festzustellen hinsichtlich der wirtschaftlichen Stützen der Papen-Regierung?
- 14. Eine nachträgliche Frage: Was ist noch zu sagen zur soziologischen Struktur der SPD und deren Entwicklung - unterschieden nach Leitung und Mitgliedern der Partei.
- 15. Noch eine Frage zur ideologischen Situation: Wie wurde der Terminus "Machtergreifung" benützt und von welcher Seite? (z. B. Stahlhelm anlässlich der Hindenburgwahl und seit wann und mit welchem Inhalt?

Verzeihen Sie bitte den Umfang und die Ausführlichkeit unserer Fragen. Ich habe zunächst eben alles das angeführt, was mir im Verlaufe der bisherigen Untersuchungen noch weiter klärungsbedürftig erschien. Wir wären nun sehr dankbar, wenn Sie die Freundlichkeit hätten, uns wenigstens einen Teil dieser Fragen auf Grund Ihrer Erfahrungen sowie aus Ihren Aufzeichnungen und Unterlagen zu beantworten bzw. uns Hinweise geben könnten, an welcher Stelle wir am ehesten weitere Aufklärung zu erwarten hätten.

Indem ich Ihnen für Ihre Bemühungen vielmals danke, bin ich  
Ihr ganz ergebener

Für die Richtigkeit  
der Abschrift:

gez. Dr. Karl-Dietrich Bracher

**POLITISCHE WISSENSCHAFT E.V.**  
**BERLIN-DAHLEM**  
Gelferstraße 11

*Dr. Karl Dietrich Bracher*  
*Berlin, am 18.6.1953.*

00012

Carl Severing

Bielefeld, den 30.10.1951  
Lampingstrasse 6

Sehr verehrter Herr Dr. Bracher!

Ich habe genau vom Tage der Ankunft Ihres Briefes an bis heute mich wieder mit einer Bronchitis herumschleppen müssen, die mich daran gehindert hat, auch die leichtere Korrespondenz zu erledigen. Ihre Zuschrift vom 29.9. gehörte dagegen zu der Kategorie von Briefen, die mehr als eine formale Beantwortung erforderten und darum erst recht zurückblieben. Entschuldigen Sie darum bitte die Verzögerung. Heute will ich wenigstens den Versuch unternehmen, Ihnen auf Ihre Fragen zu antworten.

1) Die SPD ist, soweit ich unterrichtet bin, in der letzten Zeit sehr bemüht gewesen, Archivmaterial zu sammeln. Es ist dafür eine besondere Einrichtung geschaffen worden. Ich halte es deswegen für wahrscheinlich, dass Sie in Bonn noch weitere Materialien finden werden, die Sie bei Ihren Arbeiten benutzen könnten. Dagegen scheint es mir sehr fraglich zu sein, ob andere Parteiorganisationen inzwischen über weiteres Material verfügen. Immerhin würde ich Ihnen empfehlen, sich einmal an Herrn Prof. Dr. Ludwig Bergsträsser, Mitglied des Bundestages, Bonn, zu wenden, der als früherer Geschichtsprofessor in diesen Dingen sehr bewandert ist.

2) Die eigentliche politische Leitung der Partei lag beim Parteivorstand, der die wichtigsten Fragen der Reichspolitik fast immer im engsten Einvernehmen mit dem Vorstand der Reichstagsfraktion beraten hat. Beide Vorstände waren personell so zusammengesetzt, dass prinzipielle Gegensätze nur sehr selten hervortraten. Die Landesvorstände haben nur selten eine Einflussnahme auf die Partei versucht. Wo es geschah, ist es zumeist durch die Delegierten der einzelnen Bezirke im Parteiausschuss zum Ausdruck gekommen.

3) Meines Wissens sind seit der zweiten Hälfte des Jahres 1931 durch die Initiative der SPD keine Versuche zu einer parlamentarischen Mehrheitsregierung unternommen worden. Es wird Ihnen bekannt sein, dass nach den Börsenkatastrophen und den durch die Notverordnung eingeführten Gehaltskürzungen der Beamtgehälter der Reichskanzler Brüning einmal sondiert hat, ob die Sozialdemokratie bereit sei, durch Entsendung einiger ihrer Vertreter der Reichsregierung eine festere Basis zu geben. Es war geplant, den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun in Personalunion mit der Vizekanzlerschaft im Reich zu beauftragen, während ich als preussischer Innenminister zugleich auch die Geschäfte des Reichsministeriums führen sollte. Aus diesen Plänen ist nichts geworden, weil die Reichswehr durch Schleicher entschiedenen Widerspruch angemeldet hatte. Kurze Zeit darauf ist durch Umbesetzung einiger Portefeuilles sogar eine gewisse Rechtsschwenkung eingetreten.

4) Die Gerüchte von der sozialistischen Einheitsfront, die in der "Schwarzen Front" vom 17. Juni und 3. Juli 1932 propagiert wurden, sind auch mir damals bekannt geworden. Ich weiss auch, dass

sie von ernstesten Zeitungen erwähnt worden sind. Einen konkreten Hintergrund hatten sie nicht.

5) Zur Situation und Stimmung der Gewerkschaften im Jahre 1932 ist nichts mehr zu sagen. Es ist nicht richtig, von einer Korrumptierung durch nationalsozialistische Elemente zu sprechen. Ausschlaggebend für das Verhalten der Gewerkschaften war lediglich die wirtschaftliche Lage, die durch eine ungeheure Arbeitslosigkeit gekennzeichnet war. Die Überlegungen, dass bei der Ausrufung eines Generalstreiks die arbeitslosen Nationalsozialisten in alle Stellen der frei-gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gedrungen wären, waren begründet, so dass die Gewerkschaftsleitungen besorgt sein mussten, nicht nur ihre gewerkschaftliche Position überhaupt, sondern auch die Arbeitsplätze ihrer Mitglieder bei einem Generalstreik zu verlieren.

Die Polizei war im allgemeinen absolut zuverlässig. Aber es hatten schon im Jahre 1931 gewisse Vorkommnisse gezeigt, dass rechtsgerichtete Polizeioffiziere nur auf den Zeitpunkt warteten, um ihrer oppositionellen Einstellung praktischen Ausdruck zu verleihen. Es ist keine Frage, dass im Falle der Gewaltanwendung die Reichswehr auf Papens Seite gestanden hätte. Schon in den Stunden, in denen noch alles in Berlin ruhig war, waren Abteilungen der Reichswehr in das Regierungsviertel, insbesondere zum Gebäude des Ministerpräsidiums, entsandt worden, um eine Wiederaufnahme der Amtsgeschäfte durch den Ministerpräsidenten Braun zu verhindern. Auch die vor dem 20. Juli getroffenen vorbereitenden Massnahmen der Reichswehr, wie die Erlasse an die Polizei, sind die schlüssigsten Beweise dafür, dass die Reichswehr auf Seiten Papens gestanden hätte - wie es in eingeweihten Kreisen ja auch kein Geheimnis war, dass nicht Papen, sondern in erster Linie Schleicher auf die Entfernung der sozialdemokratischen Minister gedrängt hatte.

Über die Rolle Hammersteins bei diesem Putsch ist mir nichts bekannt geworden. Von ihm kann ich nur aussagen, dass er sich im Herbst 1931 an mich gewandt hat mit der Erklärung, die Reichswehr würde niemals dulden, dass Hitler den Platz des Reichspräsidenten einnehmen würde, und er glaube, dass die Reichswehr in dieser Frage auf die Unterstützung der sozialdemokratischen Arbeiter rechnen könne. Ich habe ihn in dieser Auffassung bestärkt und am 30. Januar 1933 den Versuch unternommen, mich mit ihm in Verbindung zu setzen - ein Versuch, der aber daran gescheitert ist, dass er einen späteren Termin für eine solche Unterredung für nützlicher gehalten hat. Vielleicht fühlte er sich in den ersten Tagen zu stark beobachtet. Die Unterredung ist nie zustande gekommen. Wie das persönliche Verhältnis zwischen Braun und Leipart war, vermag ich mit Bestimmtheit nicht anzugeben. Braun und Leipart waren in Dahlem Nachbarn, und bei meinen Besuchen in den kleinen Häuschen der Genannten habe ich nie etwas von Mißstimmungen oder dergleichen erfahren. Das Verhältnis der Gewerkschaften zur Preussenregierung ist aber trotz gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten über Fraktionsbeschlüsse oder Gehaltskürzungen immer kameradschaftlich geblieben.

Was die bürgerlichen Mittelparteien anlangt, so weisen die Landtagsprotokolle und die im September herausgegebenen offiziellen Kommuniqués der Zentrumspartei über ihre Verhandlungen mit den Nationalsozialisten aus, dass diese Partei bestrebt war, mit den Nationalsozialisten und eventuell mit anderen Rechtsparteien eine gemeinschaftliche Regierung zu bilden. Auch der

Briefwechsel zwischen dem damaligen Zentrumsführer Dr. Kaas und Hitler am Jahresanfang 1933 kann als ein Beitrag für die Auffassung dienen, dass im Zentrum die Meinung vorhanden war, mit den Nationalsozialisten schliesslich zurechtzukommen. Den liberalen Mittelparteien, insbesondere den Demokraten, kam es im Juli 1932 darauf an, zu vermeiden, dass durch einen Generalstreik den Papen und Schleicher der billige Vorwand für die Aufhebung des Reichstagswahltermins und vielleicht sogar für die Aufhebung der Reichstagswahl selbst geliefert würde.

Die Rechte des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung sind - soweit es sich um die Aufhebung von Notverordnungen handelte - umstritten worden. Jedenfalls haben die Rechtsparteien stets die Auffassung vertreten, dass nur die Vollversammlung des Reichstags das Recht habe, die Aufhebung von Notverordnungen des Reichspräsidenten zu verlangen. Ich möchte meinen, dass Ihnen gerade in dieser Frage der frühere Reichstagspräsident, Herr Löbe, genaue Auskunft erteilen könnte. Rückblickend kann ich nur sagen, dass ein grosser Teil der bürgerlichen Parteien sich damals schon in voller Auflösung befand und nicht mehr die Kraft besass, um die Rechte der Volksvertretung gegen die diktatorlusterne Regierung zu kämpfen. Der preussische Landtag hat einige Male im Sinne einer Aufhebung der Notverordnungen Beschlüsse gefasst, doch waren das lediglich Stimmungszeichen, denen eine rechtliche Wirksamkeit nach der Reichsverfassung nicht zukam. Es war der Reichsregierung darum sehr leicht, sie einfach zu ignorieren.

Zum Punkt 6) möchte ich Ihnen ebenfalls empfehlen, sich an den Reichstagspräsidenten Paul Löbe zu wenden. Ich habe mehrere Wochen nach den Wahlen des 6. November 1932 in Bad Ems verbracht, um meine zerredeten Stimmbänder wieder in Ordnung zu bringen, so dass mir die Geschehnisse um Weihnachten herum nicht aus eigener Wahrnehmung bekannt geworden sind.

7) Ich habe es in der Zeit meiner Amtsführung immer beklagt, dass in den Reichsressorts auf die politische Zuverlässigkeit der Beamten nicht genügend Gewicht gelegt worden ist und dass die charakterlichen Qualitäten der einzelnen Beamten bei ihrer Beurteilung viel zu wenig ins Gewicht fielen. So kam es, dass in den grössten Verwaltungszweigen des Reiches, besonders in der Post und in der Finanzverwaltung, sich schon Ende der 20er Jahre naz. sz. Zellen bilden konnten, die nahezu ungehindert ihre Tätigkeit ausübten. Ich habe mit dem Reichsverkehrsminister von Guérard einmal einen Zusammenstoss um deswillen gehabt, weil ich nicht alle die vom Reich eingestellten Beamten des Reichswasserschutzes in die preussische Polizei übernehmen wollte. Zu einer solchen summarischen Übernahme konnte ich mich nicht entschliessen, weil ich von der republikanischen Zuverlässigkeit mehrerer der in Betracht kommenden Beamten nicht überzeugt war. Es hat deswegen scharfe Auseinandersetzungen gegeben, an deren Schluss es mir jedoch gelungen ist, meinen Standpunkt zu wahren.

Nach dem ersten grossen Wahlerfolg der Nationalsozialisten im September 1930 setzte bekanntlich ein wahres Trommelfeuer ein, mit dem die Nationalsozialisten versuchten, die Beamtenschaft einzuschüchtern und ihren Widerstand gegen das Vordringen nationalsozialistischer Ideen zu verringern. Insbesondere auf dem Lande wurde ein wilder Terror in dieser Beziehung geübt, dem

schwächere Charaktere, auch solche, die sich bis dahin zu den Linksparteien zählten, nach und nach erlagen. Es hat zwar nicht an tapferen und loyalen Beamten gefehlt, die sich auf ihre Dienstverpflichtung und ihren Diensteid stützten, aber die ständigen Bedrohungen auch dieser Beamten haben schliesslich zur Resignation, in einigen Fällen sogar zur schnellen Wandlung geführt. Die Masseregulungen, die von der Regierung Papen im Sommer 1932 durchgeführt wurden, haben dieser Versumpfung den wirksamsten Vorschub geleistet. Eine besondere Erwähnung verdient - wie ich schon an anderer Stelle andeutete - die Haltung eines Teiles der Polizeioffiziere, die in einem besonderen Verband unter der Führung des Polizeiobersten Dillenburger organisiert waren. Dieser Verband, der mehrfach von mir zur Ordnung gerufen werden musste, hatte es besonders darauf abgesehen, die gesamte Polizeibeamtenschaft nach rechts zu biegen, was ihm jedoch in dem gewünschten Masse nicht gelungen ist. Jedenfalls wäre die Berliner Schutzpolizei im Juli 1932 bereit gewesen, für den Schutz der Verfassung zu kämpfen.

In der Anlage überreiche ich Ihnen die in Aussicht gestellten Unterlagen, die Vernehmung einiger preussischer Beamten durch die Regierung Papen-Bracht betreffend.

Zu 8) kann ich Ihnen nichts mitteilen. Ich halte es für unwahrscheinlich, dass solche Beziehungen bestanden haben. Jedenfalls wäre ich der Letzte gewesen, an den sich die KPD zur Herstellung derartiger Beziehungen in jener Zeit gewandt hätte. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass nach der Amtsentsetzung der preussischen Minister Braun und Severing es ja auch die Kommunisten waren, die in ihren Versammlungen über diese Aktion auf Papen-Schleicher geradezu Lobeshymnen anstimmten und dass ~~xxxx~~ noch im Ausschuss zur Wahrung der Rechte des Reichstags am 26. Juli 1932 der Abg. Ulbricht davon sprach, dass der Blutsonntag in Altona von den Sozialdemokraten arrangiert worden sei, um ihre Stellung in Preussen zu halten.

Dasselbe muss ich zu Punkt 9) Ihrer Fragen sagen. Mir ist von irgendwelchen Querverbindungen in dem fraglichen Zeitraum nichts bekannt. Wenn es richtig ist, dass namhafte kommunistische Führer die Politik verfügten, erst "Hitler einmal herankommen" zu lassen, dann ist es mindestens sehr fraglich, ob überhaupt in dieser Partei massgebende Kräfte vorhanden gewesen sind, die in jener Zeit sich an einer Aktion gegen das Papen-Hitler-Regiment beteiligt hätten.

10) Der Abg. Ernst Heilmann hat als Fraktionsvorsitzender der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zwar einen grossen Einfluss ausgeübt, aber die allgemeinen politischen Fragen sind doch in Besprechungen der Reichsstellen der SPD - Parteivorstand und Reichstagsfraktion - entschieden worden. In den Beratungen dieser Körperschaften hat Heilmann zwar mitberaten, er ist aber nach keiner Richtung hin besonders hervorgetreten.

11) Die Unterlagen, die ich zu den Koalitionsbesprechungen zwischen Zentrum und NSDAP in Preussen und im Reich während des Jahres 1932 hatte, habe ich in meinem Buch mitgeteilt. Meines Wissens sind in den Landtagsprotokollen diese Besprechungen einige Male erwähnt worden. Es sind aber auch, wie ich schon sagte, parteiamtliche Kommuniqués der Zentrumsparterie darüber herausgegeben worden.

Über Leiparts Verhandlungen mit Schleicher und anderen Stellen ist mir aus eigener Wahrnehmung nichts bekannt. Ich habe ihnen keine Bedeutung beigemessen, weil ich es für unmöglich gehalten habe, dass Schleicher ernstlich gewillt gewesen wäre, offen mit der Sozialdemokratie gegen die Rechtsparteien des Reichstages anzugehen. Der Einfluss der gewerkschaftlichen Vertreter in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion allein wäre nicht stark genug gewesen, um Schleicher eine Sonderhilfstruppe für seinen Kampf gegen die Rechtsparteien zu stellen.

Zu 12). Über die Rolle der Wirtschaftspolitiker - Bechstein-München, Bruckmann, Kirdorff, Thyssen und andere - vermag ich im einzelnen nichts zu sagen. Die Verhandlungen in mehreren Entnazifizierungsausschüssen haben aber Material genug darüber erbracht, dass viele Wirtschaftspolitiker es dem Nationalsozialismus nach einigen Krisen erst ermöglicht haben, wieder aktiv zu werden.

13) Eines der am besten unterrichteten früheren Mitglieder des Reichstags über den Osthilfe-Skandal ist Dr.h.c. Kurt Heinig, Midsummervägen 19, Stockholm-Schweden. Ich würde empfehlen, sich an ihn zu wenden.

14) Zur soziologischen Struktur der SPD ist Neues nicht zu sagen. Nicht erst bei der letzten Reichstagswahl am 6. November 1932, sondern auch schon bei den Wahlen im September 1930 und im Juli 1932 ist die SPD von allen Parteien auf schwerste berannt worden. Was trotz dieser Kämpfe unerschütterlich zu ihr hielt, war der alte Stamm und sein Nachwuchs, der trotz aller wirklichen und vermeintlichen taktischen Fehler treu zu ihr gehalten hat und darin nicht nur Tradition, sondern auch Grundsatzfestigkeit zum Ausdruck brachte. Das beantwortet auch die Frage nach der soziologischen Struktur der SPD in jener Zeit.

15) Von der "Machtergreifung" hat der Stahlhelm schon bei früheren Anlässen, insbesondere bei seinen unter Beteiligung der Generalität und der Hohenzollernprinzen abgehaltenen Paraden gesprochen. Bei der Hindenburg-Wahl ist der Stahlhelm allerdings im Gebrauch dieses Ausdrucks von den Lautsprechern der Nationalsozialisten übertönt worden. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die Erfinder des Terminus "Machtergreifung" im Sinne der Diktatur zuerst im Lager des Stahlhelms hervorgetreten sind.

Mit besten Grüßen

Ihr

gez.: Severing

Für die Richtigkeit  
der Abschrift:

**INSTITUT**  
für  
**POLITISCHE WISSENSCHAFT E.V.**  
**BERLIN-DAHLEM**  
Galfertstraße 11

*H. Kurt Heinig*  
Berlin, am 18.6.1953.

BS-147 20

Sohn, v. 1.3.48

und

B.P. v. 15.4.48

betr. Thyssen

Institut für Zeitgeschichte - AR 101

CARL SEVERING

BIELEFELD, den 1. März 1948  
Lampingsstraße 6

198

An den  
Ersten öffentl. Kläger  
im Hess. Staatsministerium  
Berufungskammer Marburg

Marburg (Lahn)  
Barfüßerstr. 50

Berufungskammer Marburg Der Erste öffentl. Kläger Eing.-Dat.: 4.3.48 Sachbearbeiter:
--------------------------------------------------------------------------------------------------

Betr.: Brief-Tgb. Nr. A 957/48  
Spruchkammerermittlungsverfahren gegen Dr. Fr. Thyssen

Auf Ihr Schreiben vom 25. Februar habe ich zu erwidern, daß ich aus eigenen Wahrnehmungen nur wenig über die Haltung des Herrn Thyssen auszusagen vermag. Ich bin mit diesem zum ersten Mal im Jahre 1923 in nähere Berührung gekommen, als mein Nachfolger im Amt des Reichs- und Staatskommissariats für Rheinland und Westfalen, Ernst Mehlig, einen paritätischen Ausschuss für die Abwehr von Übergriffen der Besatzungsmächte eingesetzt hatte. Herr Mehlig hielt mich über die Arbeiten dieses Ausschusses durch regelmässige Berichte auf dem laufenden und bat mich des öfteren, auch durch eine persönliche Fühlungnahme mit den Mitgliedern des Ausschusses und seinen Förderern die Idee des passiven Widerstandes unverfälscht zu erhalten. Auf diese Weise bin ich einige Male mit Herrn Thyssen in eine, wenn auch nur lose Verbindung gekommen. Damals war seine Verbitterung gegen die Franzosen sehr gross, und manche seiner Äußerungen, deren Formulierung mir nicht im Gedächtnis geblieben sind und an deren Fixierung mir auch nicht viel lag, weil ich sie als im Zorn getan betrachtete, liessen darauf schliessen, daß er es begrüßt haben würde, wenn der passive Widerstand durch den aktiven der Landsknechte jener Zeit abgelöst worden wäre. Diese Abneigung gegen die Franzosen stand aber in einem merkwürdigen Gegensatz zu den etwa 10 Jahre später bekannt gewordenen Absichten Thyssens, die deutsche Schwerindustrie in einem gewissen Umfang unter die Kontrolle französischen Bankkapitals zu bringen. - Sollten Sie Wert darauf legen, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen, würde ich Ihnen vorschlagen, sich mit dem früheren Reichsfinanzminister Dietrich in Verbindung zu setzen, der sich in diesen Fragen, nach meiner Erinnerung im Sommer 1932, mit Herrn Thyssen sehr lebhaft auseinandergesetzt hat.

Ich bin dann noch einmal und zwar im Dezember 1928 mit Herrn Fritz Thyssen zusammengekommen, als es sich darum handelte, die Riesenaussperrung der Arbeiter in der Metallindustrie und alle damit im Zusammenhang stehenden Differenzen der Unternehmer-Organisationen mit den Gewerkschaften durch einen Schiedsspruch zu beenden. In den darüber gepflogenen Erörterungen hat sich Herr Thyssen zwar der in Aussicht genommenen Erledigung des Streitfalls durch einen Schiedsspruch nicht widersetzt, da seine Organisation diesem Verfahren ja bereits zugestimmt hatte, aber er gehörte doch zu den Vertretern der sogenannten "scharferen Tonart", die die Aussperrung für das einzige Mittel gehalten hatten, um die Industrie vor weiteren Beunruhigungen durch Lohnforderungen der

1.3.1948

Blatt 2

197

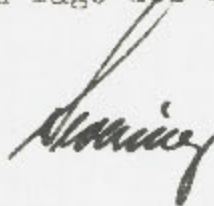
Arbeiter zu bewahren. Diese Haltung - wenn man sie rückblickend kritisch überprüft - steht ebenfalls im strikten Gegensatz zu der Freigiebigkeit, mit der Thyssen nach seinen eigenen Angaben in späteren Jahren die Nationalsozialistische Partei unterstützt hat. Ich kann über den Zeitpunkt und die Höhe dieser Unterstützung aus eigenen Wahrnehmungen keine Mitteilung machen, möchte aber darauf hinweisen, daß Thyssen selbst mehrfach hervorgehoben hat, daß er bedeutende Summen der NSDAP. zur Verfügung gestellt hat.

Wenn er sagt, daß er den Hinweisen Hitlers auf den den Bestand der Republik bedrohenden Bolschewismus geglaubt habe, so kann ich natürlich den Glauben eines Mannes nicht widerlegen, aber die Intelligenz eines Fritz Thyssens hätte erkennen müssen, daß diese Hinweise nichts als Propagandamanöver waren. Es war der Republik trotz Weltwirtschaftskrise und trotz gesteigerter Aktivität der deutschen Kommunisten ein Leichtes, alle Gefahren von dieser Seite abzuwehren. Die geschichtliche Entwicklung seit 1932 hat ja gezeigt, daß die Gefahr des Bolschewismus für den Westen Europas erst die Politik der NSDAP. in bedrohliche Nähe gerückt hat.

Soweit ich die politische Tätigkeit Fritz Thyssens beobachten konnte, hat sie mir die Unterlage zu einer Beurteilung dieses Mannes gegeben, die ich dahin zusammenfassen möchte, daß es sich bei Fritz Thyssen um einen sehr labilen politischen Charakter handelte, der sehr leicht Einflüsterungen einflussreicher Persönlichkeiten und der Stimmung seiner Gesellschaftskreise erlag. Eine gerade Linie habe ich bei ihm nie feststellen können.

Den Young-Plan hat er ohne Zweifel aus den gleichen Gründen abgelehnt, die den sogenannten Langnam-Verein veranlaßten, sich in einer einstimmigen Vorstandsentschliessung gegen den Plan zu wenden. Der Vorstand dieses Vereins lehnte die Verantwortung für die Möglichkeit der Erfüllung des Young-Planes ab, (die ihm - wie jedermann weiss - auch niemand aufbürden wollte) weil der Plan nur eine politische und keine wirtschaftliche Lösung der Reparationsfrage darstelle und weil im einzelnen es äußerst zweifelhaft sei, die für die Erfüllung des Young-Planes notwendigen Devisen zu beschaffen. -

Sollten Sie bei dieser Sachlage noch Wert darauf legen, in einer mündlichen Aussprache den Fragenkomplex mit mir zu erörtern, stehe ich Ihnen an einem Tage des Monats April selbstverständlich zur Verfügung.



Hessisches Staatsministerium  
Der Minister für politische Betreuung  
Berufungskammer Marburg/Lahn  
Der Erste öffentliche Kläger

Handwritten notes at the top of the page.

Md. 7/3. 48.

An Minister Carl Severing:

1) Betr.: Spruchkammerermittlungsverfahren gegen Dr. Fritz Thyssen.  
Dat.: Ihr Schreiben vom 1. März 1948.

Indem ich Dankhaft den Empfang Ihrer mir sehr interessanten  
Klageschriften bestätige, bitte ich Sie, Ihre Klage, mir einen  
Termin für die Aussprache beizubringen zu wollen, zwischen dem  
7. und 9. IV. oder zwischen dem 13. u. 15. IV. d. J.  
Die Nachricht erbitte ich an meine Direktion nach Marburg/L.

2) J. S. R.

Kw.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Hessisches Staatsministerium  
Der Minister für politische Befreiung  
Berufungskammer Marburg/Lahn  
Der Erste öffentliche Kläger

Marburg,

den 16. April 1948

Vfg.

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV

1273/53

324

1. Vermerk

Am 15. 4. 1948 habe ich unter Mitnahme einer Stenotypistin Herrn Minister Severing in Bielefeld über Thyssen vernommen. der Minister hat meiner Stenotypistin seine Angaben diktiert, die von ihr im Stenogramm aufgenommen wurden. In der Anlage wird eine Übertragung aus dem Stenogramm beigelegt.

2. zu den Akten (3. Vermerk: Für die Fahrt wurden 65 Liter Brennstoff verbraucht).

*Km.*

00321

Im April 1919 bin ich von der Preussischen Regierung und Reichsregierung zum Reichs- und Staatskommissar für den Befehlsbereich des 7. Armeekorps ernannt worden, um einen Riesenaufstand der Bergarbeiter, der damals ausgebrochen war, zur Schlichtung zu bringen. Dieser Aufstand wurde in einem Zeitraum von etwa 6 Wochen ausgeführt. Der Industriebezirk blieb aber so unruhig, dass ich von den beiden Regierungen gebeten wurde, meine Tätigkeit fortzusetzen. In dieser Zeit lernte ich eine Reihe der führenden Persönlichkeiten der Rhein- und Ruhrindustrie kennen, darunter auch die Vorstände oder die Besitzer der Thyssen'schen Unternehmungen, Herrn August Thyssen und Herrn Fritz Thyssen.

Herr Fritz Thyssen fiel mir insbesondere auf, als im Frühwinter 1919 Klage von Arbeiter- und Soldatenräten gegen ihn geführt wurde, dass er bei mehrfachen Anlässen die Anordnungen der Regierung über Arbeiterangelegenheiten sabotierte. Ich vermag im Augenblick nicht nachzuprüfen, ob und inwieweit diese Klagen berechtigt waren. Ich kann sagen, dass damals eine grosse Erbitterung gegen Herrn Thyssen bestand, gegen den immer sein Vater ins Feld geführt wurde, der wie ein gut sorgender Vater sich der Angelegenheiten seiner Arbeiter annahm.

Herr Fritz Thyssen ist mir dann im Januar 1923 wieder in den Gesichtskreis gekommen, als er nach dem Ruhreinzugs der französischen und belgischen Divisionen gewissen Anordnungen der Besatzungsstellen Widerstand leistete. Er ist dann mit mehreren anderen Industriellen des Ruhrgebietes vor ein französisches Militärgericht in Mainz gestellt worden und - wenn ich nicht irre - zu einer Busse von 500 000 Fres. verurteilt worden. Seine Haltung den französischen Besatzungsbehörden gegenüber hat ihm gewisse Sympathien auch bei der Arbeiterschaft eingetragen, die in ihm damals einen aufrechten Mann erblickte, der nicht gewillt war, sich ohne weiteres den Anordnungen des

französischen Militärs zu fügen. Herr Thyssen hat - das ist allerdings nur meine subjektive Auffassung - die aus Anlass seiner Wiederkehr in den Fabrikbetrieb ihm dargebrachten Kundgebungen als eine Ermunterung dafür aufgefasst, den Widerstand gegen die französische Besatzung zu verstärken. Schon damals erhielt ich als Preussischer Minister des Innern Mitteilungen darüber, dass Herr Thyssen zu denjenigen Industriellen gehörte, die all den Stellen Geldmittel zur Verfügung stellten, die den von der Reichsregierung proklamierten passiven Widerstand in einen aktiven umwandeln wollten. Wer der Geldempfänger war, kann ich nicht angeben. Damals ist neben Ludendorff auch der General a.D. von Watter als Vertrauensmann der Ruhrindustriellen bezeichnet worden. Herr Thyssen hat dann später bei jeder sich bietenden Gelegenheit versucht, den Einfluss der Gewerkschaften auf die Arbeitergesetzgebung und auf das Tarifwesen herabzusetzen. Das geschah z.B. unter anderen Anlässen gelegentlich des grossen Lohnkampfes, der im Oktober 1928 begann und mit meinem Schiedsspruch vom 22. Dezember 1928 seine Erledigung fand. Es waren damals durch Beschluss des Arbeitgeberverbandes Nord-West einige hunderttausend Arbeiter ausgesperrt worden, und da weder der zuständige Schlichter noch das Reichsarbeitsministerium die Beendigung des grossen Arbeitskampfes herbeiführen konnten, wurde ich von der Reichsregierung zum Sonderschlichter bestimmt. In den Besprechungen, die ich gesondert mit Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer führte, war es insbesondere wieder Herr Thyssen, der seine ganze Beredsamkeit aufbot, um mir auseinanderzusetzen, dass die Industrie weitere Lohnerhöhungen nicht verträge und dass deswegen eine Beendigung des Kampfes nur dann wahrscheinlich sei, wenn diesem Umstand gebührend Rechnung getragen würde. Ich erinnere mich weiter, dass Herr Thyssen, als gegen Ende der 20iger Jahre (ca. 1929) der rheinische Industrielle Paul Silberberg ein Zusammengehen der Arbeiterschaft mit der Industrie auf einer Tagung industrieller Unternehmerverbände befürwortet hatte, wenige Tage später einen lebhaften Einspruch gegen diesen Vorschlag der Öffentlichkeit anmeldete. -

Watter  
Thyssen für  
Lohn

Institut für